

SPD demokratischer pressediens

P/XXXII/113

16. Juni 1977

Gedanken zum 17. Juni 1953

Zusammengehörigkeitsgefühl erhalten

Von Kurt Mattick MdB
Vorsitzender des Bundestagsausschusses für innerdeutsche
Beziehungen

Seite 1 und 2 / 49 Zeilen

Spanien stärkt das demokratische Europa

Zu den ersten freien Wahlen Spaniens nach dem Bürgerkrieg

Von Bruno Friedrich MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 / 36 Zeilen

Recht auf Arbeit

Bundeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer-
fragen in Saarbrücken

Von Hans Schweitzer MdL
Stellvertretender AfA-Bundesvorsitzender und SPD-Landesvor-
sitzender von Rheinland-Pfalz

Seite 4 und 5 / 73 Zeilen

"Wider die Kleinlichkeitskrämerei"

Über Videotext und Funkausstellung in Berlin

Von Dr. Peter Glotz
Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung

Seite 6 / 33 Zeilen

Jetzt zeigen sie die Flagge

Zusammenspiel von DKP und SHB bei "Stamokap"-Auseinander-
setzung

Seite 7 und 8 / 45 Zeilen

Chefredakteur: Helmut G. Schmidt

Neussallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 120 400
Pressenhaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 21 90 35/36
Telefax: 05 55 645-65 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Gedanken zum 17. Juni 1953

Zusammengehörigkeitsgefühl erhalten

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Innerdeutsche Beziehungen

Die bewegenden Tage, die Anlaß dazu waren, den 17. Juni zum gesetzlichen Feiertag zu machen, liegen 24 Jahre zurück, eine Generation kann man sagen. Historiker pflegen diesen Zeitraum als den Mindestabstand anzusehen, den sie für die objektive Würdigung eines historischen Ereignisses benötigen, eine Würdigung, die frei von der politischen Zweckinterpretation des Zeitgenossen ist.

Was ist am 16. bis 18. Juni 1953 geschehen? Dem Aufatmen nach Stalins Tod, daß auch im sowjetischen Teil Deutschlands um sich griff, entsprach die wachsende Unsicherheit des Regierungsapparats. Wollte er seine Macht zeigen, als er ziemlich unvermittelt eine rigorose Normenerhöhung und damit eine reale Lohnsenkung verkündete? Es kam die solide demokratische Demonstration, in der das Volk zum Ausdruck brachte, daß diese Maßnahmen nicht nur unerwünscht waren, sondern auch als unerträglich empfunden wurden. Die Feigheit der SED-Führer vor einer Auseinandersetzung mit Gegenargumenten und ihr Hilfersuchen an die militärischen Kräfte der Besatzungsmacht gaben dem Aufbegehren erst den militanten Akzent.

Keiner der Sprecher der Arbeiter, keines der Mitglieder der sich spontan bildenden Komitees wollte den Aufstand gegen die sowjetische Besatzungsmacht. Sie alle waren Realisten genug, um zu wissen, daß in Deutschland niemand die Mittel besaß, einer Weltmacht den Willen aufzuzwingen. Wer diese Tatsachen, diesen Realismus der Menschen des 17. Juni leugnet und an diesem Jahrestag

eine Kampfdemonstration gegen die sowjetische Unterdrückung veranstalten will, begeht Geschichtsklitterung.

Wenn wir dieses Tages heute nach 24 Jahren gedenken, ist mancher bereit, diesem Tag mehr zuzuschreiben als es angebracht ist, und viele Menschen in der Bundesrepublik sehen nur das rote Kalenderblatt am Freitag, also ein schönes verlängertes Wochenende. Das muß man ertragen, weil die Gesellschaft nun einmal so vielfältig ist. Die Arbeitsruhe an diesem Tag hätten wir uns sparen sollen, denn die, deren Verdienst dieser Tag ist, müssen arbeiten. Die Erinnerung heute soll uns wach halten für unser Eintreten für die Freiheit, für die Menschenrechte, für Selbstbestimmung und für die Solidarität, für die arbeitenden Menschen über die von den Besatzungsmächten so unsinnig in Deutschland gezogenen Grenzen hinaus und für das Bewußtsein, das die Schaffung und Erhaltung des Friedens die Voraussetzung für die Freiheit ist.

Wir brauchen eine Politik des sehr langen historischen Atems. Wir müssen die Folgen der gegenwärtigen Teilung für die Menschen erträglicher machen, die Fäden zwischen den beiden deutschen Staaten und den in ihnen lebenden Menschen nicht abreißen lassen. Wir müssen Berlin und damit auch seine deutsche Funktion sicherer machen. Wir müssen die Entspannung in Europa durch eine entsprechende innerdeutsche Politik ergänzen. Deutschland muß in Harmonie mit der europäischen Gesamtentwicklung sein. Die lauten Sprecher am 17. Juni sind gefährliche Hasardeure, wenn sie dies außer Acht lassen, wenn sie in einem nationalen und konservativen Weltbild leben.

Deutschland wird nur dann seine Spaltung überwinden, wenn die Deutschen in Ost und West ihr Zusammengehörigkeitsgefühl trotz aller Fährnisse und Versuchungen erhalten und wenn sie durch ihr politisches Verhalten den an Deutschland interessierten Staaten überzeugend dartun, daß für sie die Zusammengehörigkeit der Deutschen keine Gefahr ist, daß die Befriedung Mitteleuropas im Interesse des Kontinents liegt.

(-/16.6.1977/ks/ ja)

+ + +

Spanien stärkt das demokratische Europa

Zu den ersten freien Wahlen Spaniens nach dem Bürgerkrieg

Von Bruno Friedrich MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Das spanische Volk verdient Bewunderung für den bei der Wahl bewiesenen Grad politischer Reife, den man, nach den tiefen Wunden des Bürgerkriegs, nach 40 Jahren Diktatur und nach einer bis noch vor zwei Jahren praktizierten Diffamierung der demokratisch-parlamentarischen Staatsform und der Parteien durch den Apparat Francos, sich nur erhoffen, aber so eindeutig nicht erwarten durfte. Der Franquismus in Spanien ist tot, die Demokratie ist auf dem Vormarsch und das demokratische Europa kann sich durch die Wahl in Spanien gestärkt fühlen.

Achtung muß auch dem spanischen König entgegengebracht werden, der durch eine bedeutsame, zugleich aber entschiedene Reformpolitik in kürzerer Zeit als am Anfang vermutet den wohl wichtigsten politischen Übergang in der neueren spanischen Geschichte vollzogen hat.

Die Kräfteverteilung dieser Wahl wird sich noch ändern, da bei der nächsten Wahl die zahlreichen Splittergruppen sich einer der großen Parteien anschließen dürften.

Der große Wahlerfolg der PSOE, der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, ist erst ein Anfang für eine der ältesten Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa. Wie tief das Vertrauen zur PSOE im spanischen Volk verwurzelt ist, zeigt ihr herausragender Wahlerfolg, denn ihre Startchancen waren wesentlich ungünstiger als die der Mitte-Rechts-Parteien. Felipe Gonzalez, der Vorsitzende der PSOE, geht als vom Volk bestätigter Parteiführer gestärkt aus den Wahlen hervor.

Bestätigt hat sich seine Auffassung, erst nach den Wahlen über Bündnisse und Fusionen zu reden.

Spanien hat mit diesen Wahlen die politischen Voraussetzungen für seine Aufnahme in den Europarat, auch für den Aufnahmeantrag zur Europäischen Gemeinschaft geschaffen. Auch wenn es kritische Stimmen gibt, die fragen, ob die Europäische Gemeinschaft die Länder Spanien und Portugal wirtschaftlich und finanziell als Vollmitglieder verkraften kann, so sollte bei diesen Überlegungen die Tatsache der politischen Stärkung Europas für das Hineinwachsen Spaniens in die EC den Ausschlag geben.

Alle demokratischen Parteien der Bundesrepublik, auch die Parlamentsfraktionen, sollten durch ständige intensive Kontakte Spanien diesen Weg nach Europa erleichtern.

Im Innern hat Spanien schwierige politische, wirtschaftliche und soziale Probleme. Insoweit sind die ersten freien Wahlen Spaniens die erste erstiegene Stufe einer steilen Treppe.

(-/16.6.1977/ks/ja)

+ + +

Recht auf Arbeit

Bundeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in Saarbrücken

Von Hans Schweitzer MdL

Stellv. AFA-Bundesvorsitzender und SPD-Landesvorsitzender von Rheinland-Pfalz

Das Recht auf Arbeit, eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungslage und die Einbeziehung der öffentlichen Haushalte zur Beseitigung des gesamtwirtschaftlichen Nachfragedefizits, dies sind drei Angelpunkte der am 17. Juni 1977 beginnenden Bundesarbeitnehmerkonferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD.

Die AFA führt ihre dritte Bundesarbeitnehmerkonferenz durch, gibt Rechenschaft und will neue Aspekte in der politischen Diskussion setzen, um dem Problem der Dauerarbeitslosigkeit Herr zu werden.

In einem Gesamtantrag zum Thema "aktive Beschäftigungspolitik" stellt der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft diese Hauptthemen zur Diskussion. Er geht dabei davon aus, daß das Recht auf Arbeit zu den sozialen Grundrechten des Menschen gehört und daß die Wiederherstellung und die mittel- und langfristige Sicherung der Vollbeschäftigung die gesellschaftspolitische Aufgabe Nr. 1 ist.

Er stellt fest, daß Arbeitslosigkeit nicht nur ein gesellschaftliches Unrecht an den Arbeitnehmern ist, sondern auch ihre Position in den Betrieben und bei Tarifverhandlungen schwächt sowie Beschäftigungsgefahren und -ängste auch für die beschäftigten Arbeitnehmer mit sich bringt.

Zu Recht hat der Bundesvorstand der Arbeitsgemeinschaft dieses Thema zum zentralen Thema seines Kongresses gemacht. Dabei verkennt der Bundesvorstand die Problematik der derzeitigen Situation nicht:

- mehr als die Hälfte der Arbeitslosen sind Ungelernte
- etwa die Hälfte der Arbeitslosen sind Frauen
- ältere Arbeitnehmer haben trotz tariflicher und gesetzlicher Schutzvorschriften nur noch geringe Chancen auf einen neuen Arbeitsplatz, wenn sie erst einmal arbeitslos sind
- der Mangel an Arbeitsplätzen trifft besonders die neu in das Arbeitsleben tretenden jungen Menschen, eine Herausforderung, der sich die Gesellschaft bereits heute zu stellen hat.

Die AFA weiß, daß es keine Patentrezepte zu diesen Fragen geben wird. Sie sieht aber auch, daß bis 1985 für rund 1,5 Millionen Arbeitnehmer zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden müssen. Deshalb legt der Bundesvorstand 13 Punkte vor, mit denen eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungslage erreicht werden soll.

Hierzu gehört neben einem entscheidenden Beitrag der öffentlichen Haushalte ein Sofortprogramm zur Förderung der Beschäftigung als Ergänzung zum mehrjährigen Investitionsprogramm, eine veränderte Geldpolitik der deutschen

Bundesbank, Verstärkung der Strukturpolitik in wirtschaftsschwachen Regionen, Rücknahme der Einschränkungen im Arbeitsförderungsgesetz zur Verbesserung der beruflichen Ausbildung und Weiterbildung, personelle Verstärkung in der Arbeitsverwaltung zur Stärkung der Arbeitsvermittlung, die Einführung einer Arbeitsmarkt-abgabe, eine veränderte Einstellungs- und Beschäftigungspolitik der öffentlichen Hand und eine Herabsetzung der Arbeitszeit, vor allem im Lebens- und Jahresrhythmus.

Die Bundeskonferenz der AfA tritt damit mit ihren Diskussionen in den Mittelpunkt einer hochaktuellen politischen Auseinandersetzung und wird in der Lage sein, unbeschadet von Koalitionsrücksichten ausschließlich aus sozialdemokratischer Arbeitnehmersicht ihre Vorstellungen zur Diskussion zu stellen.

Darüber hinaus wird die Bundesarbeitnehmerkonferenz ein wichtiger Meilenstein der Arbeitsgemeinschaft in der SPD sein. In dem vorliegenden Rechenschaftsbericht kann die AfA mit Stolz darauf verweisen, daß sie einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg bei den Bundestagswahlen im Jahre 1976 geleistet hat.

Mit eigenen Flugblättern und Schriften, Betriebsveranstaltungen, Betriebszeitungen, einer Vielzahl von Wahlveranstaltungen und Aktionen vor den Betrieben hat die AfA zur Mobilisierung der Arbeitnehmer beigetragen und sich vor allem konkret mit dem verlogenen Slogan von CDU/CSU "Freiheit statt/oder Sozialismus" auseinandergesetzt.

Auch sonst kann die AfA eine gute Bilanz vorlegen. Die Betreuung der Arbeitnehmer im Lande konnte ausgebaut werden, eine Vielzahl von Betriebsgruppen wurden neu gegründet und es ist der AfA gelungen, integrierender Bestandteil in der SPD zu werden.

Ihre Arbeit war keineswegs kritiklos an der Arbeit der SPD und der Bundesregierung, aber sie hat es verstanden, die Auseinandersetzungen intern zu führen und damit ohne viel Aufhebens manchen Erfolg für die Arbeitnehmer erreicht.

Selbst im europäischen Bereich konnte die AfA erfolgreich tätig werden und Einfluß auf das Programm der sozialistischen Parteien zur Europawahl nehmen.

Alles in allem, die Arbeit der AfA ist noch nicht frei von Schwächen, insbesondere muß organisatorisch noch einiges getan werden, aber sie gehört heute sicher zu den stärksten Eckpfeilern der SPD und ist aus der politischen Arbeit zur Wahrung von Arbeitnehmer-Interessen nicht mehr hinwegzudenken.

Der neue Bundesvorstand wird es angesichts der schwierigen Fragen unserer Zeit nicht leicht haben, aber er trägt für die Arbeitnehmer und die SPD große Verantwortung.

Man darf der Bundesarbeitnehmerkonferenz wünschen, daß sie bei ihrer personellen Auswahl eine glückliche Hand zeigt. (-/16.6.1977/ks/ca)

+ + +

"Wider die Kleinlichkeitskrämerei"

Über Videotext und Funkausstellung in Berlin

Von Dr. Peter Glotz

Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung

Die Entscheidung des Senats von Berlin, dem Bundesverband der Zeitschriftenverleger die Vorführung von Videotext auf der Berliner Funkausstellung zu genehmigen, bedeutet keinerlei rundfunkpolitisches Präjudiz. Klipp und klar steht in dem Genehmigungsbescheid an die Verleger, daß Videotext - der ja über Austastlücke des Fernsehempfängers vermittelt wird - Rundfunk ist. Das bedeutet: Die rundfunkrechtliche Genehmigung der Veranstaltung von Videotext obliegt den Ländern gemäß den jeweiligen Rundfunkgesetzen. Dies ist auch die Auffassung der CDU-regierten Länder. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Die Entscheidung des Senats will aber auch ein Zeichen setzen: Für eine souveräne und großzügige Haltung aller Beteiligten bei Modellvorhaben, im Stadium der Erprobung, also beispielsweise auch bei einer funktechnischen Messe. Denn in der Bundesrepublik und Berlin macht sich zur Zeit - übrigens nicht zuletzt wegen der aufgeregten Zugriff-Politik der Zeitungsverleger - eine innovationsfeindliche Blockadepolitik gegenüber der Erprobung "neuer Medien" breit. Wenn irgendeine technische Neuerung oder eine durch technische Neuerung möglich gewordene Bereicherung der Kommunikationsmöglichkeiten der Bürger auch nur ausprobiert werden soll, schreien die Interessengruppen, die mit diesen Techniken Geld verdienen oder Macht erhalten wollen. "Hier" mögliches Ergebnis: Nichts läuft mehr. Die einen trauen sich nicht, Modellversuche ohne die Verleger (oder andere Interessengruppen) zu machen, weil diese dann Zeter und Mordio schreien, und die anderen trauen sich nicht, diese wenigstens im Versuchsstadium zu beteiligen, weil dies Ärger an anderen Fronten bringt. Ein typisch deutsches Dilemma.

Mit dieser Kleinlichkeitskrämerei muß Schluß gemacht werden. Um Freiräume für fundierte, sachlich begründete Versuchsprogramme ohne rundfunkpolitische Präjudizwirkung zu gewinnen, hat der Senat von Berlin klargemacht, was eigentlich jedem vernünftigen Menschen auf Anhieb verständlich ist: Daß nämlich die Vorführung einer neuen Technik auf einer Messe nichts darüber besagt, wer später einmal "in freier Wildbahn" diese Technik nutzen darf.

Alle Beteiligten - einschließlich der Verleger - sollten sich diese unvoreingenommene und offene Haltung als Beispiel nehmen. Technische Neuerungen müssen ohne die kleinliche Furcht vor Präjudizwirkung ausprobiert und demonstriert werden können, über ihre Verwendung wird später, und zwar von den zuständigen Parlamenten entschieden. (-/16.6.1977/ks/gat)

+ + +

Jetzt zeigen sie die Flagge

Zusammenspiel von DKP und SHB bei "Stamokap"-Auseinandersetzung

"Gerade weil die rechten SPD-Führer den Juso-Linken und einzelnen Genossen unterstellen wollen, sie seien U-Boote, handelten im Auftrag der DKP usw. (was natürlich gelogen ist) ist es nötig, zu wissen, was die authentischen Kommunisten in der BRD sagen." Mit diesem Satz leitet die "Sozialistische Korrespondenz", eine Postille, die Teilen der Juso-Stamokap-Fraktion nahesteht, einen kurzen Redeauszug des DKP-Vorsitzenden Mies ein: "Wir fühlen uns nicht nur solidarisch mit all jenen Sozialdemokraten verbunden, die im Interesse des arbeitenden Volkes und seiner Jugend für die Aktionseinheit eintreten, sondern möchten Ihnen auch sagen: Wer als junger Sozialist kämpfen will, wer in der SPD keine politische Heimat mehr findet, der hat stets einen Platz in den Reihen der Deutschen Kommunistischen Partei, in den Reihen der SDAJ oder in den Reihen des MSB Spartakus, in den Reihen des sozialistischen Jugend- und Studentenverbandes, denen unsere Partei freundschaftlich und partnerschaftlich verbunden ist."

Mies ist deutlich geworden, er hat in erfreulicher Klarheit aufgezeigt, daß das DKP-Buhlen um "Aktionseinheit" und der Versuch, Sozialdemokraten aus der SPD herauszubrechen, in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen.

Bemerkenswert ist diese Mies-Äußerung aber auch deshalb, weil die Spaltungsabsichten der DKP von ihnen selbst öffentlich ausgesprochen werden.

Dies dürfe sicherlich auch damit zusammenhängen, daß nicht nur die DKP, sondern auch ihre Vorfeldorganisationen wie MSB Spartakus und SDAJ erhebliche Schwierigkeiten bei der Gewinnung neuer Mitglieder haben.

Allein betrachtet, könnte man den Mies-Appell als plumpen Anbiederungsversuch abtun. Er gewinnt jedoch Bedeutung für die weitere Entwicklung von

Teilen der Stamokap-Gruppierung innerhalb der Jungsozialisten, wenn man ergänzend dazu ein Interview mit der Bundesvorsitzenden des Sozialistischen Hochschulbundes, Mechthild Jansen, in derselben Ausgabe der "Sozialistischen Korrespondenz" liest.

Auf die Frage, welche Empfehlung sie den von der SPD ausgeschlossenen Jusos geben könnte, antwortet die SHB-Vorsitzende in bemerkenswerter Deutlichkeit: "Außerhalb der SPD gibt es zur Zeit außer der DKP keine andere linke Alternative. Vielleicht gibt es einige Jusos, die in der DKP eine Möglichkeit der Organisation sehen, das ist möglich."

In der Neugründung einer sozialistischen Partei sieht die SHB-Vorsitzende "zur Zeit" keine Lösung, empfiehlt aber jenen Jungsozialisten, die in der SPD keine politische Heimat mehr sehen, "sich unter Bezug und unter Zusammenarbeit mit den Linken in der SPD in einem Kreis zusammen (zu) schließen".

Ähnliche Kreise bestehen bereits in Marburg und Nordniedersachsen. Aus der Sicht der DKP kommt ihnen die Aufgabe zu, für die Aktionseinheit mit der DKP zu werben und konflikthanerzend auf die SPD zu wirken.

Seit der ersten Stamokap-Auseinandersetzung 1973 in Frankfurt und Essen hat sich die DKP-Taktik geändert: Wer damals freiwillig zur DKP ging, läßt sich heute unter Mitnahme möglichst vieler, emotional angeheizter Sympathisanten zur DKP hin ausschließen - mit oder ohne Schamfrist, im Rahmen obskurer Arbeitskreise.

(fb/ja/16.6.1977/ks/gat)